



Solide Finanzierung für Internationale Gartenausstellung im Ruhrgebiet

„Die Internationale Gartenausstellung, die 2027 im Ruhrgebiet stattfinden wird, soll Perspektiven für modernes und nachhaltiges Bauen und Wohnen in der Region sowie Entwicklungspotential von bestehenden Stadtquartieren und Plätzen aufzeigen“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Rainer Deppe. Der NRW-Koalition ist es wichtig, dass die Ausstellung Teil einer ganzheitlichen Stadtentwicklung sein muss und darüber hinaus nachhaltig und solide finanziert wird. Während die rot-grüne Vorgängerregierung nie ein Konzept für eine umfassende Finanzierung der Gartenausstellung erarbeitet hat, hat die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz jetzt alle Kommunen im Ruhrgebiet eingeladen, um über die Chancen und die Finanzierungsmöglichkeiten einer Internationalen Gartenausstellung im Ruhrgebiet zu sprechen. Um allen Beteiligten mehr Planungssicherheit zu schaffen, hat die Koalition aus CDU und FDP aus diesem Grund die Frist für die Beschlüsse über Projektinhalte und Finanzierung verlängert. Es muss nun genau geklärt werden, wie die finanziellen Beiträge des Landes und der Kommunen sowie die Finanzierung der Folgekosten aussehen.

11.07.2018

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion der SPD „Internationale Gartenausstellung Metropole Ruhr bringt mehr Jobs und Lebensqualität in Ruhrgebiet“ (Drucksache 17/3012):

Eine Internationale Gartenausstellung im Ruhrgebiet muss solide finanziert und nachhaltig sein

I. Sachverhalt

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Armin Laschet hat sich ausdrücklich zu einer internationalen Gartenausstellung (IGA) im Ruhrgebiet bekannt. Eine solche Gartenausstellung muss jedoch gut geplant sowie solide und nachhaltig finanziert sein.

Die finanziellen Beiträge des Landes und der Kommunen sowie die Finanzierung der Folgekosten müssen rechtzeitig geklärt sein. Es muss verhindert werden, dass nicht geklärte Folgekosten durch erhöhte Steuern, Gebühren und Abgaben auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Die teilnehmenden Kommunen – nicht wenige befinden sich im „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ – müssen in der Lage sein, die ausgelösten Folgekosten zu tragen. Letztlich hängt bei solchen Großereignissen die gesellschaftliche Akzeptanz auch davon ab, dass sie organisatorisch wie finanziell solide aufgestellt sind.

Für die Landesregierung und die NRW-Koalition sind Planungssicherheit für alle Beteiligten von entscheidender Bedeutung. Das Land unterstützt die IGA bereits durch die zur Verfügung gestellten und bis 2027 zur Verfügung stehenden Förderprogramme. Ministerin Ina Scharrenbach und Ministerin Ursula Heinen-Essen haben die erforderlichen Grundlagen geschaffen. Mit den Beteiligten wurde vereinbart, die Beschlüsse über Projektinhalte und Finanzierung zum Ende des dritten Quartals 2018 zu fassen. Diese Fristverlängerung geben den Kommunen vor Ort und dem Regionalverband Ruhr (RVR) die Sicherheit und die Zeit, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Entgegen ihrer heutigen Forderung hatte die rot-grüne Vorgängerregierung in ihren mittelfristigen Finanzplanungen keine Vorsorge für eine Finanzierung einer IGA getroffen. Sie hat die Thematik vernachlässigt, auf Zeit gespielt und keine Beschlüsse getroffen.

Datum des Originals: 10.07.2018/Ausgegeben: 11.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Es müssen nun alle Beteiligten zusammengebracht werden, um dieses wichtige Projekt zum Erfolg zu führen. Eine internationale Gartenausstellung muss Teil einer ganzheitlichen Stadtentwicklung im Ruhrgebiet sein und Perspektiven aufzeigen, wie die Einwohner des Ruhrgebiets in Zukunft zusammenleben können.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Eine Internationale Gartenausstellung muss nachhaltig und solide finanziert sein.
- Die beteiligten Kommunen müssen sich durch entsprechende Ratsbeschlüsse zu den Projekten und ihrer anteiligen Finanzierung bekennen.
- Die Entscheidung, ob eine Kommune Projekte im Rahmen der IGA anmeldet, muss in der Kommune vor Ort erfolgen.

Der Landtag beschließt:

- Die Durchführung einer internationalen Gartenausstellung im Ruhrgebiet wird unterstützt.
- Die Bemühungen der Landesregierung werden entsprechend unterstützt. Insbesondere ist zu begrüßen, dass die Landesregierung alle Beteiligten zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen hat.
- Die Folgekosten einer internationalen Gartenausstellung müssen geklärt werden.
- Die Finanzierung der IGA erfolgt durch die bereits vorhandenen Förderprogramme.
- Die internationale Gartenausstellung soll unter anderem ein Schaufenster für modernes und nachhaltiges Bauen und Wohnen werden und aufzeigen, wie Stadtquartiere und Plätze lebenswert entwickelt werden können.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Rainer Deppe
Bernhard Hoppe-Biermeyer

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Stephen Paul
Markus Diekhoff
Thomas Nückel

und Fraktion